

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

Mai 2022

MEINE WOCHE IN WASHINGTON, D.C.

Transatlantischer und finanz-
politischer Austausch

1. MAI – FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

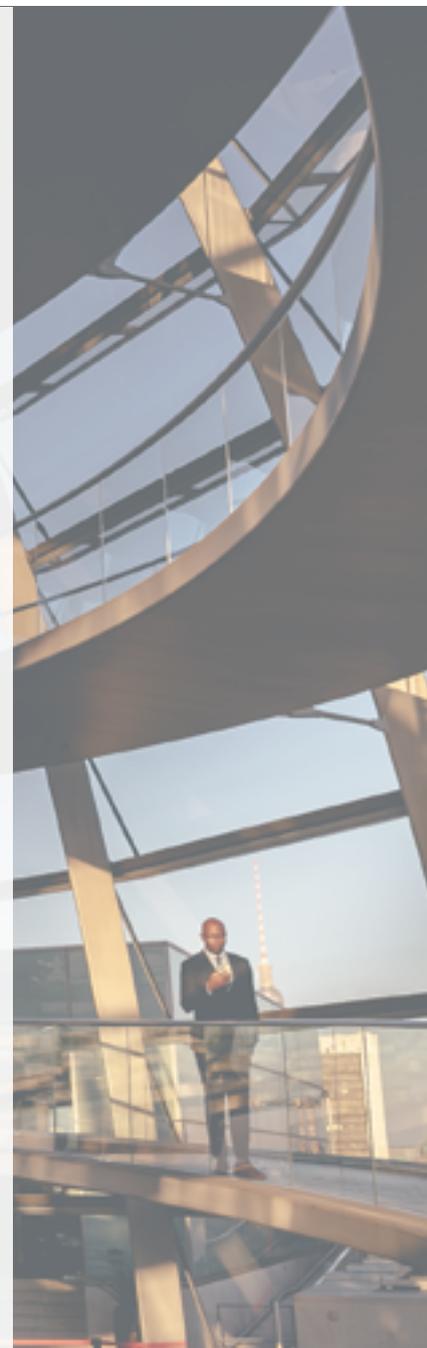
Auf den Straßen und in den Parlamenten



INHALTSVERZEICHNIS

Mai 2022

Editorial	03
Meine Woche in Washington, D.C. Transatlantischer und finanzpolitischer Austausch	04
1. Mai – Für soziale Gerechtigkeit Auf den Straßen und in den Parlamenten	08
Meine Reden im Plenum im Mai Anträge der Fraktionen von CDU/CSU und DIE LINKE	09
Ich in den Medien Eine Übersicht über meine Artikel im Mai	10
Bericht aus dem Finanzausschuss Aktuelle Infos zu öffentlichen Anhörungen zu Gesetzesvorlagen	11
Was ist der PBNE ? Der Parlamentarische Beirat (PBNE) und die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie	12
Bericht zum G7-Gipfel im Digitalausschuss Die Bundesregierung über den Gipfel in Düsseldorf	13
Neue Regeln für digitale Dienste Zukünftige Rechte und Pflichten von Online-Diensten	14
Reaktion auf steigende Preise Zweites Entlastungspaket und Neun-Euro-Ticket	15
Mein Praktikum bei Armand Zorn Elisa Klimmek berichtet über ihre Erfahrung in meinem Büro	16
Links und Impressum	17



12

Was ist der PBNE?

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE) und die Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

EDITORIAL

Auch in den letzten Wochen ist wieder viel passiert. Von einigen Highlights aus meiner politischen Arbeit im Bundestag will ich hier berichten.

Das Leid und die Kriegsverbrechen in der Ukraine dauern leider weiterhin an. Ich bin sehr froh, dass wir in dieser schwierigen Zeit mit Olaf Scholz einen Bundeskanzler haben, der abwägt und sich mit unseren europäischen und amerikanischen Freunden abstimmt. So wird das übrigens auch in Washington gesehen, wo ich vor wenigen Wochen auf Dienstreise war. Als Mitglied des Finanzausschusses habe ich dort viele Gespräche geführt, u.a. im amerikanischen Finanzministerium, bei der Federal Reserve (US-Zentralbank), dem Internationalen Währungsfonds und einer Reihe von Think Tanks („Denkfabriken“). Wenn man hört wie positiv dort über die deutsche Regierung gedacht und gesprochen wird, dann erscheint manche Debatte in der deutschen Öffentlichkeit nur schwer nachvollziehbar.

Auch in den Fachausschüssen des Bundestags, in denen ich Mitglied bin, wurde in den letzten Wochen viel gearbeitet. Auch darüber und über viele weitere Themen berichte ich hier. Ganz besonders freue ich mich auch, dass Elisa, als erste Praktikantin in meinem Bundestagsbüro in Berlin, einen „Gastbeitrag“ zu ihren Eindrücken für meinen Newsletter geschrieben hat.

Wie immer: ich freue mich über Feedback, Kritik, Fragen und Anmerkungen! Viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen
Armand Zorn, MdB



MEINE WOCHE IN WASHINGTON, D.C.

Ich hatte während meiner Reise vom 1.-6. Mai 2022 nach Washington, D.C., die Möglichkeit Gespräche mit Kongress, Treasury, US Chamber of Commerce, Federal Reserve und Think Tanks zu führen. Im Wesentlichen ging es um Fragen der internationalen Finanzarchitektur, sustainable finance, digitaler Währung, der Entschuldung von Entwicklungsländern sowie der globalen

Mindestbesteuerung. In den Gesprächen wurde deutlich, dass die USA Multilateralismus vielfach als Mittel zum Zweck für innenpolitische Botschaften verstehen. Dabei wird internationalen Prozessen (z.B. der globalen Mindestbesteuerung oder Standardsetzung im Bereich sustainable finance) vor allem dann Beachtung geschenkt, wenn dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der USA, insbeson-

dere mit Blick auf China, betroffen ist. Gleichwohl schätzen die USA die EU, insbesondere Deutschland als Verbündete. In einigen finanz-, wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen erkennen die USA die Vorreiterrolle der EU an und setzen auf internationale Kooperation.



DAS PROGRAMM IN D.C. IM ÜBERBLICK

SONNTAG

Treffen mit den **Stipendiaten der Studienstiftung McCloy & ERP**

MONTAG

Virtuelles Gespräch mit **Wirtschaftsvertretern des Business Roundtable** zu aktuellen finanzpolitischen Themen (hauptsächlich zu der Global Minimum Tax)

Gespräch mit **Martin Chorzempa**, Senior Fellow zum Thema EU und US Regulierung von Krypto-Assets

Gespräch mit **Thomas Barthold**, Chief of Staff Joint Committee on Taxation (JCT) zur Rolle des JCT im Gesetzgebungsprozess und Implementierungsfragen von Pillar 1 und 2

Dinner mit dem **Netzwerk der "Globalen Atlantiker"**

DIENSTAG

Gespräch mit **Adam Posen**, Präsident des Peterson Institute for International Economics (PIIE) zum Thema aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Situation in den USA und Agenda der Biden Administration

Gespräch mit der Executive Director **Amy Hanauer** und Senior Fellow **Matthew Gardner**, Institute on Taxation and Economics Policy (ITEP) zur Steuerpolitik

Gespräch mit dem Executive Director des Deutschen Büros der World Bank Group **Michael Krake**, stellv. E.D. **Nicolai Putscher**, Senior Advisor **Silke Heuser** und **Philip Sewing** zum Thema Entschuldung und "Sustainable Finance"

Gespräch mit der **US Chamber of Commerce**

MITTWOCH

Gespräch mit **Jörg Stephan**, Executive Director des Deutschen Büros des International Monetary Funds

Gespräch mit **Gregor Schwerhoff**, Economist, Multilateral Surveillance Division des International Monetary Funds

Gespräch mit **Tobias Adrian**, Financial Counsellor and Director of the Monetary and Capital Markets

Lunch mit **William E. Springs**, Chief Economist of the American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations zur aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Agenda der Biden Administration

Gespräch mit **Dawn Le**, National Campaign Director von Get out the vaccine (GOTVax) und **Henri Makembe**, CEO Do Big Things zum Thema Digitalpolitik

DONNERSTAG

Gespräch mit **Thornton Matheson**, Senior Fellow and **Donald Marron**, Director for Economic Policy Initiatives at the Urban Brookings Tax Policy Center zum Thema Mindestbesteuerung und digitale Währungen

Gespräch mit der U.S. Treasury mit **Vickie Gunderson**, Senior Coordinator Climate Task Force, Office of International Affairs und **Kevin O'Connor**, Section Chief Virtual Assets & Emerging Technologies

Gespräch mit **deutschen Wirtschaftsvertretern** zum Thema "opportunities and challenges of the German corporates operating on the US-Market"

Gespräch mit **hochrangigen Mitarbeiter*innen des Senats** zur globalen Mindestbesteuerung

FREITAG

Gespräch mit **Brett Berger**, Advisor Program Direction Section International Finance und **Sonja Danburg**, Deputy Associate Director zum Thema Digitale Währungen, Federal Board of the Federal Reserve

Austausch mit den **Schüler*innen der German International School**

Besuch des ZDF-Auslandsbüros und Gespräch mit dem BÜroleiter **Elmar Theveßen**



WORLD BANK GROUP

GLOBALE

MINDESTBESTEUERUNG

Das Zwei-Säulen-Modell der OECD zur Reform des internationalen Steuerrechts wird derzeit in den USA kontrovers diskutiert. Während es bei Säule Eins (der Ausweitung und Neuverteilung von Besteuerungsrechten zwischen Ansässigkeits- und Marktstaaten für alle Großunternehmen) vereinzelt kritische Stimmen gibt, herrscht eine gewisse Zurückhaltung im Hinblick auf Säule Zwei (eine Mindestbesteuerung von 15% für alle Unternehmen mit einem Konzernumsatz über 750 Mio. €).

Dies hängt hauptsächlich mit der "country-by-country"-Regel und mit den Steuergutschriften zusammen. Der Kongress der Vereinigten Staaten hat eine Reihe von Steuergutschriften für verschiedene Aktivitäten erlassen, die er fördern möchte, wie z.B. Forschung und Entwicklung, sozialer Wohnungsbau und erneuerbare Energien. Solche Steuergutschriften verringern den effektiven Steuersatz eines US-Unternehmens. Liegt der effektive Steuersatz eines US-Unternehmens unter dem Mindeststeuersatz von 15% gemäß der zweiten Säule der OECD, müssen ausländische Tochtergesellschaften des Unternehmens

die Differenz möglicherweise durch zusätzliche Steuerzahlungen ausgleichen.

Mit dem Build Back Better Act (BBBA) verfolgte die Biden Administration unter anderem das Ziel die GILTI-Regelung in Einklang mit der zweiten Säule der OECD und ihrer globalen Mindeststeuer von 15% zu bringen. Folglich ist eine Einführung der Besteuerung auf Länderbasis sowie die Erhöhung des effektiven GILTI-Steuersatzes von mindestens 10,5% auf 15,01% vorgesehen. Das BBBA wurde am 19. November 2021 im House of Representatives verabschiedet, wird aber derzeit von Senator Joe Manchin (D-OH) und von den Republikanern im Senat blockiert.

Die Republikaner vertreten weitestgehend die Ansicht, dass die USA mit GILTI (Global Intangible Low-taxed Income) bereits seit 2017 über eine globale Mindeststeuer verfügen. Dabei handelt es sich um eine Steuer von mindestens 10,5% auf das von einer ausländischen Tochtergesellschaft erzielte Einkommen, das in einem Niedrigsteuergesetz als immaterielles Einkommen gilt.

Allerdings hat sich inzwischen sowohl bei den Demokraten als auch bei den Republikanern die Auffassung etabliert, dass auf US-Unternehmen mit Niederlassungen im Ausland eine zusätzliche Steuer - eine so genannte „Top-up Tax“ - in ausländischen Gerichtsbarkeiten erhoben werden könnte, wenn festgestellt wird, dass sie aufgrund der US-Steuergutschriften und -abzüge keine angemessene Steuer auf ihre US-Gewinne zahlen. Dementsprechend werden die derzeitigen Diskussionen rund um den Entwurf einer EU-Richtlinie zur Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung ins nationale Recht aller EU-Mitgliedstaaten aufmerksam verfolgt. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Beschluss dieser Richtlinie einen erheblichen positiven Einfluss auf die Bemühungen in den USA hat. Unabhängig vom Ausgang der "mid-terms" (der Wahlen zur Mitte der Amtszeit des Präsidenten) ist es sehr wahrscheinlich, dass die GILTI-Regelung reformiert wird, so dass sie für jedes Land einzeln gilt und der effektive Steuersatz mit dem globalen Mindeststeuersatz von 15% der OECD-Säule 2 in Einklang gebracht wird.

DROHENDE STAATSSCHULDENKRISE

Die Staatsverschuldung vieler Entwicklungsländer ist besorgniserregend hoch und gefährdet die makroökonomische Stabilität. Die Ursachen sind vielseitig: Eine hohe Kreditaufnahme gegen Ende der 2010er-Jahre, die Bekämpfung der COVID-Pandemie durch fiskalische Stabilisierungen sowie der Russische Angriffskrieg in der Ukraine und eine Geldpolitik der G7-Staaten, die Inflation bekämpfen will.

Im Zuge der Pandemie wurden die Einkommensquellen vieler Länder durch unterbrochene Lieferketten, eingeschränkten Tourismus, Kapitalflucht und geringe Rücküberweisungen eingeschränkt. Der Russische Angriffskrieg in der Ukraine verschärft die starke Abhängigkeit und Vulnerabilität der Entwicklungsländer erneut. Hohe Preise, der Einbruch des Handelswachstums, steigende Zinssätze und ein starker US-Dollar verschärfen den fiskalischen Druck. Laut Weltbankpräsident Malpass gelten mehr als 60% der einkommensschwachen Länder aktuell als akut gefährdet von einer Schuldenkrise.

Eine nachhaltige Lösung der bestehenden Schuldenstände in Entwicklungsländern ist sowohl aus finanzpolitischer Sicht als auch geostrategisch richtig und wichtig.

Aus finanzpolitischer Sicht sind Schulden weder per se gut noch schlecht. Sie können Wachstum und Investitionen fördern und antizyklisch ausgleichend wirken. Eine übermäßige Verschuldung birgt jedoch Risiken für Wachstum und Stabilität

und schränkt finanzpolitische Spielräume ein. Entsteht ein nicht-tragfähiges Schuldenlevel müssen Restrukturierungen möglich sein. Bisher gibt es kein wirksames Verfahren für die Restrukturierung von Staatsschulden. Das 2020 beschlossene „Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI“ (Common Framework) der G20-Staaten ist ein erster Schritt. Es soll Ländern die Möglichkeit geben, in einzelfallbezogenen Verfahren über den Umgang mit ausstehenden Forderungen zu verhandeln. Dies ist wichtig, da sich die Schulden- und Gläubigerstrukturen der einzelnen Länder stark unterscheiden. Zwar hat die Bedeutung Chinas und privater Gläubiger zugenommen, dennoch hängt deren Relevanz vom landesspezifischen Kontext ab. Die bisherige Zurückhaltung der G7 einen systematischen Restrukturierungsmechanismus voranzutreiben sollte daher nicht mit der Rolle Chinas gerechtfertigt werden. Nicht einmal zwei Jahre nach seiner Entstehung wird vom IWF und der Weltbank eine Nachbesserung des Frameworks gefordert. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sie muss auch erreichen, private Gläubiger rechtlich miteinzubeziehen.

Auch aus geostrategischer Sicht sollte uns ein geordnetes Verfahren wichtig sein. Die Abstimmung zur Verurteilung des russischen Angriffskrieges in der Ukraine vom 02.03.2022 bei den Vereinten Nationen hat gezeigt, dass unter den 38 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen einige afrikanische Entwicklungsländer waren. Ein Blick zurück zum „Sotchi-Gipfel“ im Oktober 2019 zeichnet ein klares Bild der

Interessen Russisch-Afrikanischer Beziehungen: In erster Linie ging es um den Verkauf von russischen Rüstungsgütern und militärisch-technischer Kooperation. Ein geordneter Mechanismus ist also auch unter dem Gesichtspunkt multilateraler Kooperation im Bretton Woods System in deutschem Interesse. In einer zunehmend bipolaren Welt ist es wichtiger denn je, demokratische Partnerländer nicht aufgrund von nicht-tragfähigen Schuldenständen zu destabilisieren.

Im Koalitionsvertrag hatten wir uns als Ampel-Koalition bereits darauf geeinigt, auf das Ziel eines neuen internationalen Schuldenmanagementkonsenses hinzuwirken. Auch ein internationales Staateninsolvenzverfahren, das alle Gläubiger miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen umsetzt soll unterstützt werden.

Dieses Ziel sollte jetzt so schnell wie möglich verwirklicht werden. Es sollte gleichermaßen in die Strategie der deutschen Entwicklungspolitik eingebettet sein, so dass Restrukturierungsvereinbarungen mit Kapazitätsaufbau und der Förderung von „Good Financial Governance“ einhergehen. Hier ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bereits gut aufgestellt und kann gemeinsam mit G7-Staaten ein attraktives Angebot schaffen. Mit der G7-Präsidentschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung tätig zu werden und die Präsidentschaft sollte auch dafür genutzt werden, die Weiterentwicklung des Common Frameworks voranzutreiben.

1. MAI FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT AUF DEN STRASSEN UND IN DEN PARLAMENTEN



Am diesjährigen Tag der Arbeit waren Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen wieder auf den Straßen und Plätzen Deutschlands unterwegs. Gemeinsam demonstrieren wir alljährlich für den sozialen Fortschritt und fordern politische Antworten auf die sozialen Fragen in unserem Land. Am Koalitionsvertrag der Ampel zeigt sich deutlich:

Es macht einen Unterschied, ob Sozialdemokraten mitregieren oder nicht.

Mit vielen Maßnahmen wollen wir dafür sorgen, dass es gerechter und sozialer zugeht. Ein zentraler Baustein dafür ist die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro. Die Anhebung wird bereits im Oktober vollzogen, Millionen Arbeitnehmer*innen werden

davon profitieren. Die Arbeitslosenversicherung werden wir neu aufstellen: Weg von Hartz 4, hin zu einem Bürgergeld. Wir wollen Menschen, die Sozialleistungen beziehen, nicht bestrafen, sondern motivieren und stärker fördern. Außerdem werden wir die bisherigen Regelsätze anheben.

Das Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ wollen wir erneuern. Egal woher man herkommt oder wie viel Geld die Eltern haben - gute Bildungschancen muss es für Alle geben. In einem „Jahrzehnt der Bildung“ werden wir mit massiven Investitionen in das Bildungssystem für mehr Chancengerechtigkeit sorgen.

Dafür entscheidend ist auch, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss. Mit einer Kindergrundsicherung wollen

wir Kinderarmut bekämpfen und jedem Kind ein Aufwachsen ohne Mangel und mit Perspektiven ermöglichen.

Mit der Grundrente haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode für mehr Würde und soziale Sicherheit im Alter gesorgt. Doch wir sind noch lange nicht am Ziel angelangt. Der demographische Wandel stellt uns dabei vor große Herausforderungen. Für uns ist klar: Rentenkürzungen und eine Anhebung des Renteneintrittsalters wird es nicht geben. So steht es auch im Koalitionsvertrag. Mit einer Rentenreform und der Einführung einer Aktienrente wollen wir unser Rentensystem sozialer und zukunftsfähig machen.

MEINE REDEN IM PLENUM IM MAI

Am 20.05.22 redete ich im Plenum zum Antrag der Linksfraktion zur Besteuerung von Energiekonzernen.

Worum ging's? Nach dem Vorbild der italienischen Übergewinnsteuer soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Besteuerung von Energiekonzernen erarbeiten, fordert die Linksfraktion in ihrem Antrag.

Der ist gut gemeint, bei genauerer Betrachtung kommen allerdings einige Bedenken auf:

1. Die Frage des Steuersubjekts, also: Welche Unternehmen besteuern wir? Warum nur Energiekonzerne, obwohl andere Unternehmen (Rüstungsindustrie, Pharma, Digital) in den letzten Jahren hohe Gewinne erzielt haben? Nur die Gewinne von Unternehmen einer bestimmten Branche zu besteuern, wirft verfassungsrechtliche Bedenken auf.

2. Was ist ein normaler Gewinn und ab wann sprechen wir von einem Übergewinn? Was ist unsere Bemessungsgrundlage? Was besteuern wir? Die Gewinne im aktuellen Jahr ab einer bestimmten Höhe oder im Vergleich zu den Vorjahren? Und wie viele Vorjahre ziehen wir zur Bemessung heran?

3. Der Klimaschutz: Erneuerbare Energien wären von dieser Übergewinnsteuer betroffen. Das wäre ein enorm negatives Signal für Investitionen in den Klimaschutz.

Auf Grundlage dieser Bedenken haben wir den Antrag abgelehnt.

Am 13.05.22 hielt ich eine Rede zum ermäßigten Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie.

Die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag eingebracht, der einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie vorsieht. Das ist zwar ein guter Ansatz, geht aber nicht weit genug. Warum?

Für einen Kaffee „to-go“ zahle ich 19% MwSt. Trinke ich hingegen einen Latte Macchiato, sind es nur 7%. Liegt der Milchanteil des Getränks bei mehr als 75%, gilt es als „Milchmischgetränk“ und wird begünstigt. Trinke ich meinen Latte Macchiato lieber mit Hafer- oder Sojamilch bin ich wieder bei 19%, denn nur die Kuhmilch wird als Grundnahrungsmittel begünstigt.

Wer Babynahrung kauft, zahlt den vollen Steuersatz von 19%.

Für Katzenfutter zahlt man den ermäßigten Steuersatz von 7%, der für Grundnahrungsmittel gilt.

The list goes on. Klar wird: Das aktuelle System ist unübersichtlich, entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität und ist in sich nicht schlüssig – weder ökonomisch noch sozial. Da müssen wir als Politik ran, ganzheitlich, nicht nur auf die Gastronomie fokussiert.

Meine Reden gibt es in voller Länge als [Video auf meiner Website](#).

ICH IN DEN MEDIEN

Interview mit der Frankfurter Rundschau zur aktuellen Lage in der Ukraine.

Herr Zorn, hätten Sie sich vorstellen können, im Bundestag derart weitreichende Entscheidungen treffen zu müssen, wie Sie jetzt seit Monaten wegen des Krieges Russlands gegen die Ukraine anstehen?

Mir war natürlich klar, dass ich als Bundestagsabgeordneter weitreichende Entscheidungen treffen werde und muss. Aber ich hätte nicht gedacht, dass es um Krieg und Frieden in Europa gehen wird.

Wie war es für Sie, im Bundestag für die Lieferung schwerer Kriegswaffen in die Ukraine zu stimmen?

Das sind Entscheidungen, die man gut abwägen muss und bei denen es stark auf den Kontext ankommt. (...)

[Zum kompletten Interview.](#)

Gastbeitrag in der Börsenzeitung und bei der IPG zum Risiko einer globalen Schuldenkrise.

Die hohe Verschuldung vieler Entwicklungsländer könnte eine weltweite Schuldenkrise auslösen. Die deutsche G7-Präsidentschaft kann ein Zeichen setzen.

Die Staatsverschuldung vieler Entwicklungsländer ist besorgniserregend hoch. Nach der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds im April verkündete Finanzminister Lindner, Deutschland werde Geld für weitere Kredite zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sollte Deutschland die G7-Präsidentschaft nutzen, um einen nachhaltigen Mechanismus zur Restrukturierung der Staatsschulden gezielt voranzutreiben - so wie im Koalitionsvertrag vereinbart. (...)

[Zum kompletten Artikel.](#)

Gastbeitrag bei watson mit einem Plädoyer für eine wertebasierte Digitalisierung: Resilienz gegen Hatespeech und Trolle

Gemeinsam verfasst mit Ann Cathrin Riedel (FDP), Tobias Bacherle (Grüne).

Soll ein Milliardär wie Elon Musk Twitter alleine besitzen dürfen? Welche Macht hat Facebook über den öffentlichen Diskurs und welche Rolle spielt TikTok in Wahlkämpfen?

Wir diskutieren in Politik und Gesellschaft häufig über den Einfluss privater wirtschaftlicher Unternehmen auf den öffentlichen Diskurs und die Demokratie im digitalen Raum. Dabei gerät es oft in den Hintergrund, dass wir als demokratische Staaten die Macht haben, diese Plattformen zu regulieren (...)

[Zum kompletten Artikel.](#)

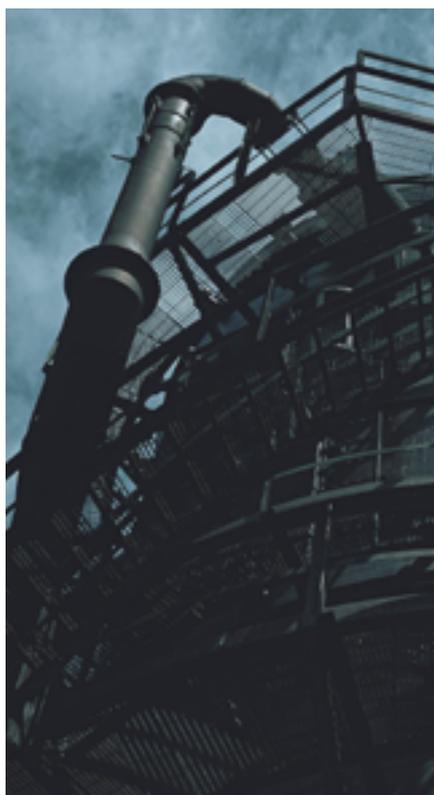




Foto: Florian Gaertner, photothek

BERICHT AUS DEM FINANZAUSSCHUSS

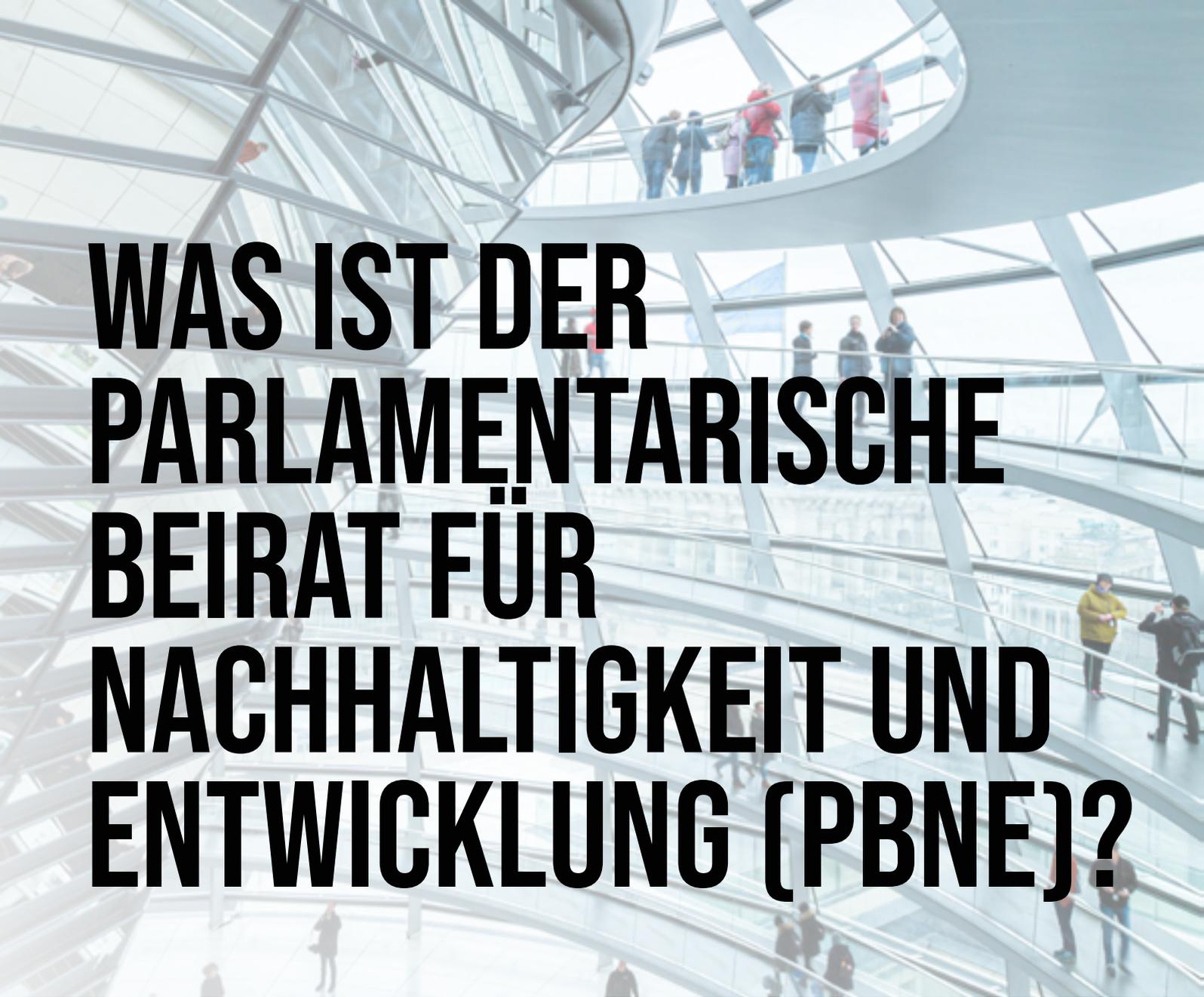
Im vergangenen Monat fanden mehrere öffentliche Anhörungen zu Gesetzesvorlagen statt, bei denen der Finanzausschuss federführend berät. Bei einer öffentlichen Anhörung werden Fachleute aus Wissenschaft und Praxis eingeladen, um den Mitgliedern des Ausschusses Informationen zu einem Beratungsthema zu vermitteln, beispielsweise ob die Gesetzentwürfe zur Lösung geeignet sind oder ob es Verfassungsbedenken gibt. Die Expert*innen beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder. Öffentliche Anhörungen können live und im Nachhinein über die Website des Bundestags verfolgt werden.

Am 25. April wurde über das geplante Steuer-Entlastungspaket besprochen, welches kurz darauf verabschiedet wurde. In einer öffentlichen Anhörung am 09. Mai zum Vierten Corona-Steuerergesetz ging es u.a. um die dauerhafte Etablierung der Homeoffice-Pau-

schale, die degressive Abschreibung (AfA) für bewegliche Wirtschaftsgüter und den Corona-Bonus für Pflegeberufe.

Am 16. Mai fanden gleich drei öffentliche Anhörungen statt. Dabei ging es um das Zweite Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuerrechts zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe. Dies ist ein Bestandteil aus den von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungspaketen. Die temporäre Absenkung der Energiesteuersätze für die im Straßenverkehr verwendeten Kraftstoffe auf die Höhe der Mindeststeuersätze der EU-Energiesteuerrichtlinie sowie die Einführung eines vergünstigten ÖPNV-Tickets (9-Euro-Ticket) sollen gleichzeitig in Kraft treten und jeweils für drei Monate (1. Juni bis 31. August 2022) gelten.

Zuletzt ging es noch um den Gesetzentwurf der Ampel-Koalition zum Sanktionsdurchsetzungsgesetz. Als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die EU mittlerweile fünf Sanktionspakete verabschiedet und verhandelt aktuell über ein sechstes Paket. Die Wirksamkeit dieser umfangreichen Sanktionen hängt entscheidend von ihrer Durchsetzung ab. Die Bundesregierung hat am 16. März 2022 eine Task Force unter der Federführung des BMWK und des BMF eingerichtet, die die Zusammenarbeit aller Stellen in Deutschland koordiniert und damit zur effektiven Sanktionsdurchsetzung beitragen soll. Mit dem Gesetzentwurf sollen Lösungsvorschläge der Task Force umgesetzt werden, die die wesentlichen Herausforderungen und Regelungslücken bei der Sanktionsdurchsetzung analysiert hat. Dabei sollen vorliegend die kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen getroffen werden, während umfassendere strukturelle Reformen mit einem zweiten Sanktionsdurchsetzungsgesetz angegangen werden sollen, an dem die Bundesregierung parallel arbeitet.



WAS IST DER PARLAMENTARISCHE BEIRAT FÜR NACHHALTIGKEIT UND ENTWICKLUNG (PBNE)?

Ich bin Mitglied im parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE). Der Beirat tagt in der gleichen Form wie alle anderen parlamentarischen Ausschüsse. Sein oberstes Ziel ist die Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Was ist die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie?

1992 haben sich die Vereinten Nationen zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung bekannt. In Rio de Janeiro verabschiedeten sie ein globales Aktionsprogramm. Mit der „Agenda 21“ erklärte sich jeder der über 170 Unterzeichnerstaaten bereit, das Leitbild national in allen Politikbereichen

unter Beteiligung von Gesellschaft und Wirtschaft umzusetzen. Auch Deutschland hat unterzeichnet. Im Rahmen dieser Vereinbarung legte die Bundesregierung 2002 die nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ vor. Ein 2010 beschlossenes Maßnahmenprogramm benannte Aufgaben und Ziele, um die Nachhaltigkeitsziele im Verantwortungsbereich der Bundesregierung zu erreichen. Alle vier Jahre werden Fortschrittsberichte vorgelegt.

Was macht der parlamentarische Beirat?

Der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung ist eine Art parlamentarischer Wächter über die

Konformität neuer Gesetze mit der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Wenn ein Gesetzesvorhaben die Nachhaltigkeitsstrategie außer Acht lässt, kann der Beirat eine sogenannte Prüfbitte an das jeweilige federführende Ministerium stellen. Das Ministerium muss dann dazu Stellung nehmen.

Außerdem kann der Beirat mit Positionspapieren und Anhörungen von Sachverständigen Debatten anstoßen oder zu laufenden Debatten Stellung beziehen.

Für die letzte Sitzung habe ich Kristina Jeromin als Sachverständige eingeladen. Sie ist Expertin für Sustainable Finance. Was es damit auf sich hat, erklärt sie euch [in diesem Video](#).

BERICHT DER BUNDESREGIERUNG ZUM G7-GIPFEL IM DIGITALAUSSCHUSS

Das Treffen der Digitalminister*innen der bedeutendsten westlichen Industrienationen - des sogenannten G7-Formats - fand am 10. und 11. Mai in Düsseldorf statt. In der Sitzung des Digitalausschusses vom 18. Mai berichtete ein Vertreter aus dem Digitalministerium über die wichtigsten Themen und Beschlüsse des Gipfels. Neben intensiven Diskussionen über die digitale Sicherheit kritischer Infrastrukturen, war vor allem die Frage der ökologischen Nachhaltigkeit ein zentrales Thema.

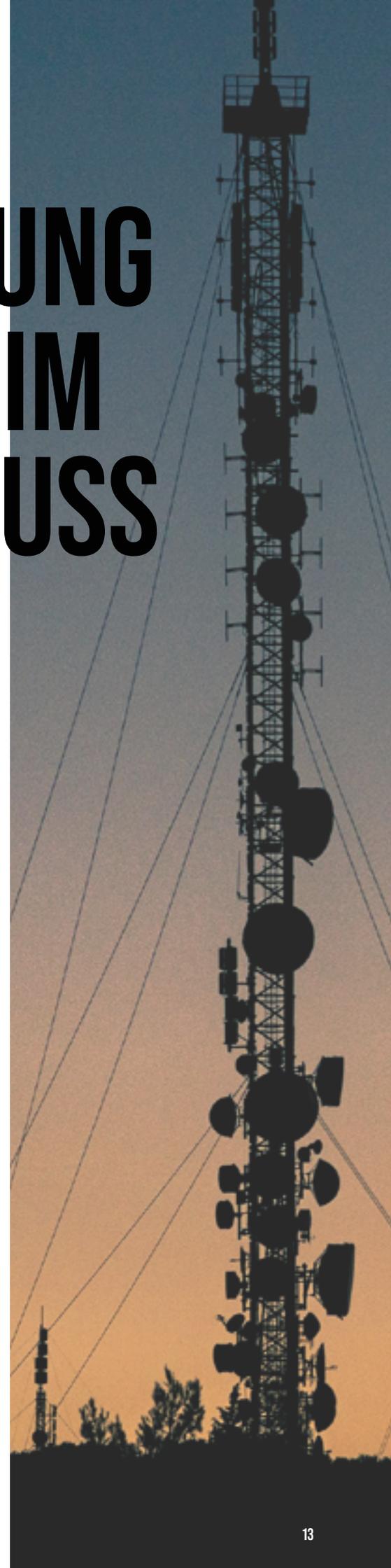
Der Sprecher zeigte sich insbesondere in Bezug auf die Ergebnisse des Gipfels zur nachhaltigen Digitalisierung zufrieden. Darunter nannte er vor allem die Gespräche und Schlussfolgerungen zum vermehrten Energieverbrauch durch die drastisch ansteigende Nutzung digitaler Technologien- und Dienstleistungen. Als weiteren Faktor, der den ökologischen Druck erhöht, nannte er die Herstellung, Nutzung und Entsorgung digitalen Equipments. In der Konsequenz kam die Minister*innenrunde zu folgenden Zielsetzungen:

Geplant ist ein Instrumentarium, das dem Privatsektor und insbesondere kleinen und mittelgroßen Unternehmen Möglichkeiten aufzeigt, digitale

Technologien zur Verringerung ihres ökologischen Fußabdrucks zu nutzen. Hierzu soll es in der zweiten Jahreshälfte im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft ein weiteres Treffen geben.

Des Weiteren planen sie, sich über mögliche Anreize zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz bei der Nutzung digitaler Technologien und Dienste, also beispielsweise in Rechenzentren und Telekommunikationsnetzen auszutauschen. Außerdem ist geplant, regelmäßig über die Förderung ressourceneffizienter Produktion, Nutzung, Wiederverwendung und Entsorgung von Hard- und Software mittels technischer Standards und anderer politischer Hebel zu diskutieren.

Der klare Fokus und die Zielsetzungen zur nachhaltigen Digitalisierung der Minister*innenrunde sind durchaus positiv zu bewerten. Insbesondere angesichts der enormen Energieverbräuche von Rechenzentren ist schnelles gemeinsames Handeln gefragt. Schließlich ist es nicht hilfreich, wenn ausschließlich in der Bundesrepublik Energieeffizienzstandards für die Rechenzentrumsinfrastruktur geschaffen werden. Die Bundesregierung muss also ihre G7-Präsidentschaft nutzen und die nachhaltige Digitalisierung auf multilateraler Ebene vorantreiben.



NEUE REGELN FÜR DIGITALE DIENSTE

In den letzten Jahren ist - beispielsweise im Kontext von Wahlen - vielfach deutlich geworden, dass die Verbreitung von Propaganda in sozialen Netzwerken eine große Gefahr für die Demokratie darstellt. Das neue europäische Gesetz über digitale Dienste (im englischen Digital Services Act- DSA), regelt künftig die Rechte und Pflichten von Online-Diensten und Plattformen. Von diesem Gesetz betroffen sind Internetprovider, Hostinganbieter, Clouddienste, soziale Netzwerke, Messenger und Online-marktplätze. In der Hauptsache zielt es auf einen besseren Schutz von Verbraucher*innen und den Schutz von Grundrechten im Internet ab. Darüber hinaus schafft es einen klaren Transparenz- und Rechenschaftsrahmen für die genannten Plattformen.

Die Europäische Kommission hatte ihren Gesetzesentwurf - beziehungsweise ihren Vorschlag zur Überarbeitung existierender Rechts- im Dezember 2020 vorgelegt. Seit gut drei Wochen steht nun die politische Einigung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament.

Was steht drin?

Künftig müssen Plattformen wie beispielsweise Facebook illegale Inhalte löschen. Sie müssen außerdem mehr Transparenz über ihre Algorithmen

und deren Effekt auf die Gesellschaft schaffen. Das Gesetz soll also ein Vehikel schaffen, um Hass, Hetze und Desinformation im Internet zu bekämpfen. Es werden außerdem europäische und deutsche Gremien geschaffen, die für die Durchsetzung der neuen Regeln verantwortlich sind.

Was sind die nächsten Schritte?

Der Gesetzestext wird nun auf der technischen und juristischen Ebene ausgearbeitet. Zudem müssen auf der nationalen Ebene jene Stellen benannt werden, die mit der Überwachung der Umsetzung betraut werden. Nach einer 15-monatigen Übergangszeit, in der die Dienstleister die Umsetzung der neuen Regeln vorbereiten können, beginnt die Umsetzung des Gesetzes. Auch für die involvierten staatlichen Stellen ist der DSA ein Mammutprojekt. Die neuen Regeln und Verantwortlichkeiten sind durchaus komplex.

Es bleibt abzuwarten, ob der DSA den Ansprüchen, die an ihn gestellt werden, gerecht wird. Einige wichtige Punkte sind vergleichsweise schwer umzusetzen. Beispielsweise dürfen die Daten von Minderjährigen künftig nicht mehr ausgewertet werden. Es ist jedoch fraglich, wie Unternehmen minderjährige User*innen von erwachsenen User*innen unterscheiden sollen.



REAKTION AUF STEIGENDE PREISE

DAS ZWEITE ENTLASTUNGSPAKET IM ÜBERBLICK

Die Bundesregierung handelt und reagiert mit einem zweiten Entlastungspaket auf die steigenden Preise - unbürokratisch und sozial ausgewogen:

Um die steigenden Energiepreise abzufedern, erhalten Erwerbstätige, Selbstständige und Gewerbetreibende eine einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro.

Zusätzlich senken wir für drei Monate die Energiesteuer auf Kraftstoffe: Für

Benzin reduziert sich der Steuersatz um 29,55 ct/Liter, für Dieselmotorkraftstoff um 14,04 ct/Liter.

Um gleichzeitig einen Anreiz zu schaffen, den klimafreundlichen ÖPNV zu nutzen, senken wir die Fahrpreise massiv. Mit dem Neun-Euro-Ticket gibt es in den Monaten Juni, Juli und August einen attraktiven Spartarif für jedermann.

Gerade Familien leiden unter steigenden Lebenshaltungskosten. Deshalb hat die Ampel-Koalition einen

Kinderbonus von 100 Euro pro Kind beschlossen, der mit dem Kindergeld ausgezahlt werden soll.

Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen: Die bereits beschlossene Einmalzahlung für Empfänger*innen von Sozialleistungen wird auf 200 Euro verdoppelt. So stellen wir sicher, dass gerade die finanziell Schwachen unterstützt werden.

SO GEHT'S MIT DEM 9-EURO-TICKET

Es ist ein tragender Pfeiler des zweiten Entlastungspaketes der Bundesregierung: Das Neun-Euro-Ticket für den Öffentlichen Personennahverkehr. Die Preise für fossile Energieträger wie Gas, Benzin und Diesel steigen. Damit gehen auch die Mobilitäts- und Lebenshaltungskosten hoch.

Mit dem Neun-Euro-Ticket schaffen wir Entlastung und bieten eine günstige und klimafreundliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Doch nicht nur Autofahrer*innen profitieren von dem günstigen Tarif, sondern alle Bürger*innen. Denn das

Neun-Euro-Ticket gilt für alle - und zwar bundesweit für alle Straßenbahnen, Busse und Regionalverkehrszüge (z.B. RE, RB, S-Bahnen).

Auch Bestandskund*innen mit schon bestehenden ÖPNV-Abos werden entlastet und nicht vergessen: Die Differenz zwischen Abopreis und dem 9-Euro-Ticket wird vom jeweiligen Verkehrsanbieter erstattet.

Das Neun-Euro-Ticket ist ein dickes Brett, organisatorisch wie finanziell. Der Bund stellt dafür insgesamt 2,5 Milliarden für die Monate Juni, Juli und August Euro bereit. Die Umset-

zung übernehmen die Länder mit den Verkehrsbetrieben.

Der Verkauf der personalisierten Neun-Euro-Tickets erfolgt online und an den bekannten Vertriebsstationen. Das Ticket kostet pro Monat neun Euro und gilt jeweils für einen Kalendermonat - immer zum 1. eines Monats muss also bei Bedarf ein neues Ticket gekauft werden. Es wird als Papierfahrkarte ausgegeben und ist personalisierungsgebunden. Registrierte Bestandskund*innen erhalten automatisch alle Vorteile des 9-Euro-Tickets.



MEIN PRAKTIKUM BEI ARMAND ZORN

Von Elisa Klimmek, Praktikantin in meinem Bundestagsbüro im April und Mai 2022

Zwei Monate lang durfte ich als Praktikantin im Abgeordnetenbüro von Armand Zorn im Deutschen Bundestag arbeiten. Ich saß in Ausschusssitzungen, in Plenardebatten, durfte an interessanten Veranstaltungen teilnehmen und bin in den Gängen an berühmten Persönlichkeiten vorbeigelaufen. Vor allem aber bekam ich einen Eindruck darüber, wie Politik in der Praxis funktioniert und wie viel hinter den Kulissen abseits der Öffentlichkeit passiert.

Wenn ich meinen Freund*innen oder meiner Familie erzählt habe, dass ich im Bundestag arbeite, konnten sich die meisten nicht viel darunter vorstellen. Genauso ging es mir auch bevor ich mein Praktikum angetreten hatte, deshalb hier eine kurze Zusammenfassung, was ich im Büro den ganzen Tag gemacht habe. Unter anderem recherchierte ich zu bevorstehenden Terminen, trug Stichpunkte zusammen, beantwortete Bürger*innenanfra-

gen, erstellte Übersichten oder schrieb Artikel für Armands Newsletter. Ansonsten hatte ich die Möglichkeit in den Sitzungswochen die Plenardebatten von der Besuchertribüne aus zu verfolgen oder an den Arbeitsgruppen- bzw. Ausschusssitzungen teilzunehmen.

Darüber hinaus bietet die SPD ein umfangreiches Praktikant*innen-Programm an mit spannenden Diskussions- und Fragerunden. Unter den Gästen bei diesen Veranstaltungen sind Minister*innen, Wissenschaftler*innen, Bundestags- sowie Europaparlamentsabgeordnete. Dieses Programm hat es auch einfach gemacht die anderen Praktikant*innen kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen. Langweilig wurde mir also schon einmal nicht.

Vor meiner Zeit im Bundestag waren die Abgeordneten für mich die Leute aus dem Fernsehen. Ich sah sie in der Tagesschau, in Talkshows oder mal auf einer Wahlkampfveranstaltung, aber nie hautnah und nie persönlich. So war meine Überraschung groß als ich im Zuge meines Praktikums feststellen musste, dass jeder von ihnen

am Ende des Tages auch nur ein Mensch ist. Auch sie essen in der Kantine, haben Freunde und Kollegen, die sie mehr mögen als andere, machen Witze oder sind auch mal erschöpft. Vor allem letzteres lässt sich mit einem Blick auf Armands Terminkalender leicht nachvollziehen.

Einerseits kann das eine ernüchternde Erkenntnis sein: Selbst die Menschen, welche die richtig wichtigen Entscheidungen treffen in unserem Land, verfügen nicht über eine Art allmächtiges Wissen oder unendlich viel Energie. Andererseits war es aber auch inspirierend so viele junge motivierte Menschen zu treffen, die alle auf ihre Weise probieren in einem hoch bürokratischen und verstaubten System, echte Fortschritte zu bewegen.

Mein Praktikum hat mir also nicht nur einen Einblick in die Arbeit in einem Abgeordnetenbüro gegeben, sondern mein gesamtes Bild der deutschen Politik verändert. Selbst wenn ich nie in der Politik arbeite, werde ich trotzdem die Politiknachrichten im Fernsehen nie wieder mit denselben Augen schauen können.

“ Liebe Grüße aus
Berlin und bis zum
nächsten Monat!



LINKS: ARMAND ZORN **IM WEB**



IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 75492
Email: armand.zorn@bundestag.de
Web: <https://www.armandzorn.de/>

Bildnachweise: falls nicht extra er-
wähnt: privat, unsplash, Moritz Erdt
Erscheinungsjahr: 2022